



Stadt Leun

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leun

20.06.2023

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leun
am Montag, 19.06.2023, 19:03 Uhr bis 20:37 Uhr
im Saal "Grüne Au" Biskirchen

Anwesenheiten

Vorsitz:

Jürgen Ambrosius (SPD)

Anwesend:

Lothar Klein (GRÜNE)

Paul Schmitz (FWG)

Sven Knut Apel (CDU)

Josua Carnetto (SPD)

Marco Carnetto (SPD)

Marcus Hartmann (CDU)

Markus Heering (FWG)

Joachim Hennche (FWG)

Michael Hofmann (SPD)

Kerstin Klapproth (FWG)

Dieter Krause (GRÜNE)

Ludwig Palm (HEIMAT-LEUN)

Wolfram Pauli (CDU)

Marco Rinker (FWG)

Karl-Günter Süß (GRÜNE)

Kim Robert Trapp (CDU)

Maximilian Weber (SPD)

Maximilan Wolf (CDU)

Magistrat:

Thorsten Keller (FWG)

vertritt Herr Björn Hartmann

Ralf Fischer (GRÜNE)

Gerd-Ulrich Heberling (SPD)

Sascha Linke (CDU)

Ralf Schweitzer (CDU)

19:03 - 19:57 Uhr

Gabriele Zieres (FWG)

Schriftführer:

Katja Grün ()

Von der Verwaltung waren anwesend:

Arnd Pauker ()

Alexander Tiebel ()

Abwesend:

Claus-Peter Schweitzer (CDU) entschuldigt

Magdalene Georg (SPD) entschuldigt

Wilhelm Müller (CDU) entschuldigt

Ingeborg Palm (HEIMAT-LEUN) entschuldigt

Lukas Wolf (CDU) entschuldigt

Christof Zutt (GRÜNE) entschuldigt

Abwesend vom Magistrat

Nadine Lublow (GRÜNE) entschuldigt

Gäste:

Lothar Rühl von der heimischen Presse

Über 30 Gäste als Zuhörer

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Hygienehinweise sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Flüchtlingssituation (VL-112/2023)
Dezentrale Unterbringung von hilfesuchenden Menschen in Form einer Erweiterung durch eine Containeranlage
3. Anfragen und Mitteilungen

Sitzungsverlauf

öffentliche Sitzung

1. **Eröffnung, Begrüßung und Hygienehinweise sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Flüchtlingssituation
Dezentrale Unterbringung von hilfeschuchenden Menschen in Form einer Erweiterung durch eine Containeranlage**

VL-112/2023

Stadtrat Thorsten Keller verliest seinen Bericht zur Flüchtlingssituation. Der Bericht ist der Anlage beigefügt.

Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius teilt mit, dass am vergangenen Donnerstag eine gemeinsame Ausschusssitzung stattgefunden hat. Bei gemeinsamen Sitzungen habe der Finanzausschussvorsitzende Kim Robert Trapp den Vorsitz, er erteilt diesem das Wort.

Kim Robert Trapp teilt mit, dass die kurze Sitzungsfolge und die zu knappen Auswahlkriterien zur Auswahl der Plätze thematisiert wurde. Weiterhin ist es aktuell nicht so, dass keine Zuweisungen mehr erfolgen, sobald mit dem Bau einer Containeranlage begonnen würde. Nach konstruktiven und intensiven Beratungen wurde ein neuer Beschlussvorschlag gefasst und vorgestellt. Mit 2 Enthaltungen wurde diesem Vorschlag am Donnerstag dann zugestimmt.

Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius teilt mit, dass dieser Beschlussvorschlag an alle Fraktionen gesandt wurde. Er teilt mit, dass dieser Beschluss nochmal modifiziert wurde und von Marco Carnetto vorgestellt wird.

Marco Carnetto verliest seinen modifizierten Grundsatzbeschlussvorschlag.

Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius fragt nach Redebedarf.

Ludwig Palm stellt den Antrag auf eine namentliche Abstimmung.

Kim Robert Trapp teilt mit, dass bis zur Umsetzung einer Lösung mit mobilen Raumeinheiten weiterhin am ursprünglichen Belegungsplan festgehalten wird, zunächst Grüne Au, dann Turnhalle Leun.

Michael Hofmann erbittet einen zeitlichen Rahmen.

Marco Rinker teilt mit, dass aus seiner Sicht zuerst die Bürger angehört werden müssen, und dann erst ein Beschluss gefasst werden kann. Er stellt später ebenfalls den Antrag auf eine namentliche Abstimmung. **Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius** teilt mit, dass aus seiner Sicht zuerst ein Beschluss vorliegen muss, um dann mit den Bürgern in die Diskussion zu gehen.

Markus Heering bemängelt, dass der Beschluss nicht konkret ist und dieser besser ausgestaltet werden muss. Hier gibt es größtenteils Zustimmung.

Paul Schmitz bittet darum, grundsätzlich die Emotionen von der Vernunft zu trennen und auch die wirtschaftlichen Aspekte zu berücksichtigen.

Karl-Günther Süß bemängelt im Namen der Grünen auch das Vorgehen und unterstützt den Beschlussvorschlag von Marco Carnetto. Weiterhin kritisiert er den mangelhaften Kriterienkatalog zur Auswahl der Standorte und bittet um Präzisierung bis zur Bürgerversammlung. Weiterhin sollte die Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs und die Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten mit einbezogen werden. Außerdem die Verteilung auf die Stadtteile, hierzu verweist er auf das Protokoll des Ortsbeirates Stockhausen..

Es wird weiterhin ausführlich diskutiert. In dem Verlauf der Diskussion stellt **Dieter Krause** die Frage, wie groß die Einheiten überhaupt sind? Das hätte ja Einfluss auf die Standorte.

Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius erläutert, wenn ein Kooperationsvertrag mit dem Lahn-Dill-Kreis geschlossen würde, wäre die kleinste Einheit für 50 Personen

ausgelegt, diese würde aber nicht voll belegt aufgrund der jeweiligen Zusammensetzung. Zum Beispiel Familien zusammen, nach ethnischer Herkunft ggf. getrennt usw.

Wenn keine Kooperation zustande kommt, müsste die Stadt Leun die Container selbst anschaffen und auch die Unterhaltung, Hausmeister, Sicherheitsdienst usw. selbst sicherstellen.

Gegen 19.57 Uhr verlässt Herr Stadtrat Ralf Schweitzer die Sitzung.

Von 20.01 Uhr bis 20.17 Uhr findet eine Pause statt.

Nach der Pause wird weiterhin diskutiert.

Kim Robert Trapp teilt die in der Pause von einer kleinen Gruppe erarbeitete Modifizierung des Antrages mit, dass man anstatt einer Sitzung zur Gründung eines Ausschusses auch eine gemeinsame Ausschusssitzung machen könnte, dass würde die zeitliche Abfolge vereinfachen. Weiterhin soll anstatt der vielen Unterbringungsmöglichkeiten nur „Mobile Wohneinheiten“ stehen, damit die Verwaltung mit dem Magistrat dann prüfen kann, was am besten machbar sei am dann ausgewählten Platz. **Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius** ergänzt, dass diese gemeinsame Ausschusssitzung am kommenden Donnerstag, anstatt des Akteneinsichtsausschusses stattfinden soll.

Stadtrat Thorsten Keller erbittet weiterhin ein Votum, für eine der Optionen, ob der Kreis oder die Stadt Leun für die Beschaffung zuständig sein soll.

Marco Carnetto stellt klar, dass dies erst nach der Konkretisierung des Kriterienkataloges und dann der Auswahl eines oder mehrerer Standorte machbar sei.

Wolfram Pauli fragt nach der Mindestgröße für die Containerlösung die durch den Lahn-Dill-Kreis gestellt würde. **Paul Schmitz** erläutert, dass mindestens 630 m² zur Verfügung stehen müssten.

Karl-Günther Süß fragt nach der Zusage, für welchen Zeitraum ggf. keine Zuweisung erfolgen würde. **Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius** erläutert, dass Herr Hartmann vom Kreis ihm mitgeteilt hat, dass im August keine Zuweisung erfolgen würde, wenn im September Container gestellt würden. Eine komplette Aussetzung der Zuweisung (wie in Solms) erfolgt nicht mehr.

Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius lässt dann den angepassten Beschlussvorschlag namentlich abstimmen.

Beschluss:

Grundsatzbeschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leun beschließt

1. Grundsätzlich an mindestens zwei Standorten die temporäre dezentrale Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und asylsuchende Menschen in modularer Bauweise (mobile Raumeinheiten MRE).

2. Der Magistrat wird beauftragt den vorgelegten Kriterienkatalog zur Auswahl der Standorte (Standortanalyse) in Zusammenarbeit mit der zeitnahen gemeinsamen Ausschüssen zu überarbeiten und zu erweitern. Die Bewertungsmatrix ist nachvollziehbar zu dokumentieren.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften die Stadt Leun auf eine gleichmäßige Verteilung in den Stadtteilen achtet. Hierbei richten sich die Obergrenzen für die Anzahl von Flüchtlingen pro Stadtteil grundsätzlich nach deren Einwohnerzahl. Die einzelnen Einheiten sollen nicht zu groß sein, um soziale Probleme zu vermeiden.

Die bisher betrachteten Standorte sind durch weitere geeignete Liegenschaften in der Stadt

Leun auf denen mobile Raumeinheiten errichtet werden können zu erweitern. Dabei sind die Optionen Kauf oder Mieten/Pachten von Grundstücken einzubeziehen.

Des Weiteren sind baurechtliche Kriterien der Standorte und bei der zu Bewertung der Kosten die vergaberechtlichen Kriterien zu berücksichtigen

3. Der Magistrat wird beauftragt Mindeststandards zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und asylsuchende Menschen in Zusammenarbeit mit gemeinsamen Ausschüssen zu erarbeiten.

4. Um die Auswahl der Standorte zur Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und asylsuchende Menschen in mobile Raumeinheiten (MRE) transparent zu gestalten, sind die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu informieren und in den Entscheidungsprozess einzubinden.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung namentlich:

16 x Ja

3 x Nein

Ambrosius, Jürgen	Ja	
Apel, Sven Knut	Ja	
Carnetto, Josua	Ja	
Carnetto, Marco	Ja	
Hartmann, Marcus	Ja	
Heering, Markus	Ja	
Hennche, Joachim	Ja	
Hofmann, Michael	Ja	
Klapproth, Kerstin	Ja	
Klein, Lothar	Ja	
Krause, Dieter	Ja	
Palm, Ludwig		Nein
Pauli, Wolfram		Nein
Rinker, Marco		Nein
Schmitz, Paul	Ja	
Süß, Karl-Günter	Ja	
Trapp, Kim Robert	Ja	
Weber, Maximilian	Ja	
Wolf, Maximilian	Ja	

Beschlussvorschlag ist angenommen.

Danach lädt der Stadtverordnetenvorsteher zur gemeinsamen Ausschusssitzung am kommenden Donnerstag um 19 Uhr ein. Die Ortsvorsteher werden auch eingeladen.

3. Anfragen und Mitteilungen

Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius fragt nach Redebedarf zu diesem TOP.

Lothar Klein fragt nach dem Sachstand zur LED Beleuchtung. **Stadtrat Thorsten Keller** teilt mit, dass die Bindefrist beim günstigsten Anbieter verlängert werden konnte. Alles Weitere ist noch in Klärung und wird bei der nächsten Sitzung besprochen.

Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius lädt abschließend noch die Gäste zur Bürgerversammlung am 27.06.2023 ein.

Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:37 Uhr.
Leun, 19.06.2023

Leun, 20.06.2023

Jürgen Ambrosius
Stadtverordnetenvorsteher

Katja Grün
Schriftführerin

Bericht des Bürgermeisters zur Stadtverordnetenversammlung 19.06.2023

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

heute wird erneut wegen Abwesenheit der Bericht des Bürgermeisters durch den 1. Stadtrat getätigt diesmal mit dem Schwerpunkt Flüchtlingsunterbringung. Ich möchte hier nicht versäumen die besten Genesungswünsche von Seiten der Verwaltung aber auch von mir ganz persönlich an unseren BGM auszurichten.

Zur Flüchtlingssituation / Ukraine Krieg

Nach wie vor ist die Flüchtlingssituation eines der bestimmenden Themen in der Bevölkerung, der Verwaltung und den verschiedenen Gremien der Stadt Leun. Der Lahn-Dill-Kreis wie auch die Kommunen bekommen nach wie vor Flüchtlinge zugewiesen und wir müssen diese entsprechend der Vorgaben unterbringen. Der Lahn-Dill-Kreis wie auch die Stadt Leun setzen hierbei weiterhin auf eine dezentrale Unterbringung in den Kommunen bzw den einzelnen Ortsteilen.

Aufgrund der wöchentlichen Zuweisung aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen werden dem Lahn Dill Kreis weiterhin etwa 50 Personen pro Woche zugewiesen. Insgesamt werden für Juli 2023 ca. 250 weitere Hilfesuchende Personen im Lahn Dill Kreis erwartet.

Vor einigen Wochen haben sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises mit einem konstruktiv-kritischen Brief sowohl an Bundeskanzler Olaf Scholz, als auch an den hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein gewandt. Dabei haben die Rathauschefinnen und Rathauschefs mit Nachdruck betont, dass sie in ihrer Verantwortung ihren Beitrag dazu gerne leisten wollen. Zugleich haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an Bund und Land appelliert, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die kommunale Ebene ihren Beitrag auch angemessen erbringen kann.

Dazu gehörte auch die insbesondere an die Bundesregierung adressierte Erwartungshaltung alles dafür zu tun, damit das europäische Asylrecht reformiert wird, da das vorhandene Regelwerk aktuell nicht wirklich funktioniert, weil sich einzelne Mitgliedsstaaten nicht an Vereinbarungen halten und auch gemeinsame Werte nicht achten. Aus Sicht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist es daher dringend notwendig, dass die Innenministerinnen und Innenminister der EU-Mitgliedsstaaten eine Einigung in dieser Thematik finden und die Last nicht auf dem Rücken einzelner Staaten liegt.

„Die Antwortschreiben, die aus dem Bundeskanzleramt und aus der hessischen Staatskanzlei erhielten, waren zwar unterschiedlich lang, zeigten aber in den Augen vieler Kolleginnen und Kollegen der Bürgermeisterkreisversammlung des Lahn-Dill-Kreis keine wirklichen Perspektiven auf.

Wir vor Ort in Leun haben aktuell im Haus der Begegnung Leun (11), im DGH Bissenberg (13) und im DGH Stockhausen (9) geflüchtete Personen in Notunterkünften untergebracht. Des Weiteren sind auch viele geflüchtete in Privatunterkünften untergebracht. Seit meinem letzten Sachstandsbericht sind auch wieder Flüchtlinge dankenswerter Weise durch den Einsatz des Arbeitskreises Flüchtlinge gemeinsam mit der Verwaltung in Mietwohnungen umgezogen. Die alte Schule in Bissenberg wurde ebenfalls hergerichtet um geflüchtete Menschen unterzubringen. So dass wir aktuell noch ca. 18 freie Plätze vorhalten in den zu

Verfügung stehenden Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Leun. Hier ist der Vollständigkeit anzumerken das mit der Ende Mai angekündigten Zuweisung für den 14 Juni 2023 von 22 Flüchtlingen letztendlich nur 4 Personen kamen. Um hier etwas Verständnis zu wecken wie schwierig auch für uns hier eine gute Planung ist möchte ich Sie darüber informieren, dass diese Zuweisung mehrfach von den Verantwortlichen nach unten korrigiert wurde (9.06.23 auf 13 Pers, am 13.06.23 auf 9 Pers und am Anreisetag auf 5 Pers wovon letztlich 4 angekommen sind).

Nach dem Verteilungsschlüssel des Lahn-Dill-Kreises vom 15.06.2023 sind der Stadt Leun für Juli 2023 weitere 6 Personen als Delegierung aus dem Bereich Asyl angekündigt worden. Wenn diese Anzahl so bleibt reicht unsere räumliche Kapazität bis Mitte Aug 2023 aus. Vielleicht kommt uns auch noch die eine oder andere Vermittlung in Mietverhältnisse oder auch der Umzug einzelner Flüchtlinge bei der Bilanz zugute. Es muss uns aber auch klar sein das die Anzahl Delegierungen so wie sie diesmal nach unten korrigiert wurde auch genauso in die aufsteigende Richtung angepasst werden kann. Das bedeutet nach heutiger Erkenntnis das wir spätestens im Aug/Sep 2023 neue Unterkünfte anbieten müssen.

Es ist weiter damit zu rechnen, dass die Zuweisungen an die Kommunen solange andauern werden, bis weitere größere Unterkünfte seitens des Kreises angemietet oder in Betrieb genommen werden können, da der LDK derzeit keinerlei eigene Unterbringungsmöglichkeiten mehr besitzt. Die Zuweisungen erhalten die Kommunen derzeit einmal pro Monat. Bei den Herkunftsländern der zugewiesenen Personen, gibt es keine Einschränkungen auf einzelne Nationalitäten (Ukrainer) mehr wie das bis April 23 noch Praxis war. Die Hauptherkunftsländer sind Ukraine, Türkei, Afghanistan, Syrien, Iran und Moldavien.

In die Stadt Leun sind in den letzten beiden Jahren gemäß Melderegister vom Stand 15.06.2023 ca 330 Personen aus mittelbar bzw unmittelbar betroffenen Krisengebieten zugezogen. 162 Pers leben davon in Leun/Lahnbahnhof, 102 in Biskirchen, 42 in Bissenberg und 24 in Stockhausen.

Gemeldete Personen in der Stadt Leun					
Staatsangehörigkeit	Gesamt	Leun incl Lahnbahnhof	Biskirchen	Bissenberg	Stockhausen
Ukrainisch	112	62	24	21	(5)* Staatsangehörigkeit ungeklärt da kein Nachweis.
Türkei	96	65	17	3	11
Syrien	91	29	51	9	2
Afghanistan	15	1	6	3	5
Pakistan	1		1		
Marokkanisch	2	1	1		
Iran	3	3			
Moldawien	10	1	2	6	1
Gesamt	330	162	102	42	24

Viele Kommunen im Lahn-Dill-Kreis denken aktuell über sogenannte Containerlösungen nach oder beschließen diese. Siehe hierzu die Berichte aus Solms oder Hüttenberg. Der Lahn-Dill-Kreis wird die Anschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte bezahlen und diese auch betreiben. Dies wurde in der letzten Woche durch verschiedene Zeitungsartikel über verschiedene Kommunen immer wieder verdeutlicht.

Auch wir hier in Leun kommen an unsere Grenzen der Unterbringung aber auch an das leistbare der Verwaltung und des Bauhofes. Der Magistrat hat deswegen einen Vorschlag mit 2 Varianten für die Unterbringung von geflüchteten bis max 60 Pers in Containern erarbeitet um die Knappheit an fehlenden Notunterkünften vorzubeugen. Wir können und wollen nicht noch mehr öffentliche Gebäude umbauen und ihrem Zweck entfremden. Das Vereinsleben sollten wir nicht noch weiter einschränken durch die Belegung der letzten beiden verbliebenen öffentlichen Gebäude im Besitz der Stadt Leun die zur Unterbringung von Flüchtlingen geeignet scheinen. Im Detail wäre dies entsprechend des Beschlusses vom 4.10.2022 im Magistrat als nächstes das DGH Biskirchen und zuletzt die Turn und Mehrzweckhalle in Leun.

Anmerkungen meinerseits zur heutigen Beschlussfindung

Ich bitte die Stadtverordneten darum, wenn Sie dem Vorschlag des Magistrates nicht folgen können oder diesen erweitern wollen, einen möglichst konkreten Beschluss zu formulieren der es der Verwaltung ermöglicht zielgerichtet an der Unterbringung der Hilfesuchenden Menschen zu arbeiten. Wenn z.B. die Erweiterung des Kriterienkataloges gewünscht wird bitte ich konkret um Nennung der Punkte um welche dieser zu erweitern ist. Gleiches bitte ich auch bei der Art der Unterkunft zu tun. Die Option Container oder Bauwagen (Tiny Haus) erschwert der Verwaltung die Suche nach einem geeigneten Standort und dem Finden der kostengünstigsten Lösung, weil wir jede Option in der gebotenen Sorgfalt untersuchen und abwägen müssen, was letzten endlich Arbeitszeit frisst und eine mögliche Anmietung oder Kauf mit nachgeschalteten Vertragsverhandlungen und Lieferzeiten verzögert.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.
Thorsten Keller